

Marktwirtschaft.

EZB-Präsident Mario Draghi 1 Jahr im Amt: Euro-Rettung oder Inflation?



Zum Amtsjubiläum hat die Stiftung Marktwirtschaft vier Wochen lang zwei Entwürfe für eine Sonderbriefmarke 2020 zur Abstimmung ins Netz gestellt. Eine große Zahl von Interessierten ist zu folgendem, nicht repräsentativem Ergebnis gekommen:

Mario Draghi als Retter des Euro sahen:

34,31%

Mario Draghi als Inflationär sahen:

65,69%

- | | |
|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| <p>02 Falsche Signale
Editorial von Bernd Raffelhüschen</p> <p>03 Kronberger Kreis stellt Studie über künftige EU-Koordinierung vor
Verabschiedung von Wernhard Möschel</p> <p>04 Schluss mit dem Irrsinn Mehrwertsteuer
Unsere Forderung: Vereinheitlichung auf 17%</p> <p>05 Ideenwettbewerb GENERATION-D kürt Preisträger
Preisverleihung an studentische Teams</p> <p>06 Internationales Ranking zur EU27-Staatsverschuldung
Italien wiederholt auf Platz 1</p> | <p>08 Internationale Konferenz zur Arbeitsmigration
Lösungsansätze gegen den Fachkräftemangel</p> <p>10 Gesundheit und Marktwirtschaft – ein Widerspruch in sich?
Bundesgesundheitsminister Daniel Bahr zu Gast</p> <p>11 Aufstieg durch Arbeit?
Reinhard Kardinal Marx über Aufstiegschancen</p> <p>12 „Markt-Ruf“ – Vorstellung des neuen Blogs von Stiftung Marktwirtschaft und Kronberger Kreis
Manfred J. M. Neumann warnt vor Demontage des Euro</p> |
|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|

Falsche Signale

Editorial von Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen, Vorstandsmitglied der Stiftung Marktwirtschaft



Kurz vor Weihnachten ist traditionell die Zeit der Geschenke. Dem kann auch die Politik sich nicht verschließen. Dies umso mehr, als es sich um das Weihnachten vor dem Wahljahr 2013 handelt – da kann man ja nicht kleckern, sondern muss klotzen. Wieder einmal überbieten sich die Parteien beim munteren Geschenkeverteilen zugunsten der Alten und

zulasten zukünftiger Steuer- und Beitragszahler. Ob Letztere es wie immer nicht einmal merken und Erstere echte Dankbarkeit zeigen, bleibt abzuwarten, dennoch – Hut ab: Die Verpackung war selten so irreführend, der Inhalt so wenig nachhaltig „beglückend“ wie dieses Mal!

Musterbeispiel hierfür ist die sogenannte „Lebensleistungsrente“ – die grenzt fast schon an eine semantische Verballhornung. Seit Bismarcks Zeiten haben wir nämlich eine Rente, die die Lebensleistung widerspiegelt: Wer im Leben durchschnittlich verdient und einzahlt, der bekommt die Durchschnittsrente, wer halb so viel verdient, bekommt die Hälfte und wer doppelt so gut fährt wie der Durchschnitt, der bekommt das Doppelte. Dieses Äquivalenzprinzip ist das über hundert Jahre alte und grundlegende Fundament unserer Rentenversicherung. Nach Weihnachten allerdings nicht mehr. Denn derjenige, dessen Lebensleistung ihm eine Rente von 800 Euro beschert, bekommt diese zwar in Zukunft wie auch schon in der Vergangenheit. War die Lebensleistung jedoch geringer, bekommt er sie auch, „nur“ eben als Lebensleistungsrente. Und die Opposition applaudiert und will gar dem Fehler noch einen draufsetzen, indem sie die Höhe der Mindestrente nach oben treibt bzw. den Zugang noch weiter erleichtern will. Wirklich systematisch denkt auf dieser Berliner Schauspielbühne offensichtlich kaum jemand, denn jedes Grundprinzip unseres Sozialstaats wird schlichtweg über Bord geworfen.

Der erste teure Systembruch betrifft die gesetzliche Rentenversicherung – die ist nämlich für Armutsbekämpfung in unserem Gemeinwesen gar nicht zuständig, sondern bewahrt nur die relative Einkommensposition. Wer armen Rentnern durch die Rentenversicherung hilft, der will nur scheinbar alle für diese Hilfe heranziehen, die Reichen und die Beamten jedoch nicht – die sind nämlich keine Mitglieder. Wer hingegen die

Refinanzierung über den steuerfinanzierten Bundeszuschuss für versicherungsfremde Leistungen fordert, glaubt sich auf sicherem Eis; es ist allerdings dünn, denn dann müsste die Legislative auch ein Gesetz einbringen, das die Entkopplung des Bundeszuschusses von der Beitragssatzentwicklung vorsieht und die Leistungsempfänger stattdessen an Erziehungszeiten, Rentenzuschüsse etc. bindet. Hiervon redet aber niemand.

Der zweite Systembruch betrifft die Armutsbekämpfung selbst – die ist in unserem Gemeinwesen nämlich absolut egalitär. Die letzte Ebene der sozialen Grundsicherung durch staatliche Fürsorge ist für alle gleich. Ein armer Alter wird genauso behandelt wie ein armer Junger, eine arme Frau wie ein armer Mann und ein armer Bayer so, wie ein armer Friese. Mit der „Lebensleistungsrente“ wird aber auch dieser fundamentale Grundsatz gebrochen: Alter wird zum Verdienst, denn arme Alte sind offensichtlich hilfsbedürftiger, als sie es während ihrer Erwerbsphase gewesen waren, wo sie im Grundsicherungsfall mit weniger hätten auskommen müssen. Wenn aber erst einmal der Damm der Gleichbehandlung von Armut gebrochen ist, dann klopft bald jede Sondergruppe an die politischen Tore an, um unter Hinweis auf ihre besondere Bedürftigkeit mehr zu fordern, als alle anderen in vergleichbarer Situation erhalten. Wehe den zukünftigen Generationen, wenn dieser Außendeich bricht.

Der dritte Systembruch besteht schließlich darin, dass der für die Armutsbekämpfung zuständige Steuerzahler das Recht auf eine Bedürftigkeitsprüfung hat – und diese nun entfele. Grundsicherung darf nur bekommen, wer über kein Vermögen und keine anderen laufenden Einkommen verfügt. Auch dieser Grundsatz wird mit Füßen getreten, denn die Bezieher der „Lebensleistungsrente“ (oder der noch großzügigeren Varianten der Opposition) sollen entweder gar nicht oder nach weicheeren Kriterien überprüft werden.

Sind sich die politisch Verantwortlichen denn nicht bewusst, dass dies ebenfalls den Gleichbehandlungsgrundsatz verletzt? Und mehr noch: Glauben sie denn wirklich, dass die Rentenversicherung über die notwendigen Informationen und die Verwaltungskompetenz verfügt, um eine solche Bedürftigkeitsprüfung durchzuführen? Und wie widersinnig wäre diese zweite Bedürftigkeitsprüfung, wo doch unsere kommunalen Sozialämter genau diese Aufgabe bereits heute höchst effizient erfüllen. Es ist zum Haare raufen – besonders für jene, die die Zeche zahlen werden. Nur zur Erinnerung: Wir erzielen historisch gesehen die höchsten Steuereinnahmen unserer Geschichte und machen weiter munter Schulden. Damit ist jedes Wahlgeschenk schuldenfinanziert und deshalb sollten wir es lassen – im Interesse unserer Kinder!

Kronberger Kreis stellt in seiner neuen Studie das Konzept „Maastricht 2.0“ vor Wernhard Möschel verabschiedet sich nach drei Jahrzehnten aus dem Kronberger Kreis

Maastricht 2.0: Kronberger Kreis fordert national verantwortete Stabilitätsunion für Europa



Die Verschuldungskrise hält Europa seit dem ersten Antrag Griechenlands auf EU-Hilfsmittel im April 2010 in festem Griff. Auf eine Atempause wartet die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion seitdem vergeblich. Einige Mitgliedstaaten leiden unter hohen Zinsen am Kreditmarkt und erheblichem Reformbedarf, was ihre Wettbewerbsfähigkeit, Arbeitsmarktstrukturen und Sozialversicherungssysteme angeht. Zu Beginn der Krise noch undenkbar, fordern nun manche eine Fiskalunion mit vergemeinschafteter Staatsverschuldung, während andere die einzige Lösung in einer Aufspaltung oder gar Auflösung der Währungsunion sehen. Beide Optionen wären für Deutschland mit enormen Kosten und unkalkulierbaren Folgen für den europäischen Zusammenhalt verbunden.

Vor dieser beunruhigenden Ausgangslage stellt der Kronberger Kreis in seiner neuesten Studie „Wie viel Koordinierung braucht Europa?“ (Nr. 55) sein Konzept für eine erfolgreiche europäische Zukunft vor. Die Professoren Lars P. Feld, Justus Haucap, Wernhard Möschel, Volker Wieland und Berthold U. Wigger plädieren darin für eine national verantwortete Stabilitätsunion mit einer einvernehmlichen Festlegung auf unverrückbare fiskalpolitische Regeln. Die nationalen Unterschiede in der präferierten Ausgaben- und Einnahmestruktur sollen so respektiert werden. Verweigert sich jedoch ein Staat einer verantwortlichen Stabilitätspolitik, so hat er die Mitgliedschaft in der Währungsunion verwirkt. Denn die dauerhafte Abwälzung von fiskalischen Lasten auf die Steuerzahler anderer Länder wird vom Kronberger Kreis strikt abgelehnt. Eine erhöhte Mobilität der Bürger innerhalb der Währungsunion wäre ein deutlich besserer Anpassungsmechanismus als eine Transferunion bzw. ‚Eurobonds‘. Der wissenschaftliche Beirat der Stiftung Marktwirtschaft warnt zudem vor dem Kauf von Staatsanleihen durch die Europäische Zentralbank und empfiehlt eine rigorosere gemeinsame Bankenregulierung.

Wernhard Möschel scheidet aus dem Kronberger Kreis aus



Nach 28 Jahren Beiratstätigkeit ist Prof. Dr. Wernhard Möschel bei einem festlichen Abendessen von Stiftungsrat und Kronberger Kreis in Berlin verabschiedet worden. Der Stiftungsratsvorsitzende Prof. Dr. Theo Siegert würdigte den Experten für Kartell- und Bankenrecht als einen überzeugten Vorkämpfer für Deregulierung und Freiheit. In

der Wissenschaft wirkte Möschel jahrzehntelang als Professor für Bürgerliches, Handels- und Wirtschaftsrecht an der Universität Tübingen. In der Politikberatung trat er vor allem als Vorsitzender der Monopolkommission und des wissenschaftlichen Beirats beim Bundeswirtschaftsministerium in Erscheinung.

Möschel bedankte sich bei seinen Kollegen im Kreis, von denen er als Jurist viel über Volkswirtschaftslehre gelernt habe. Zum Abschluss erfreute er seine Zuhörer noch einmal mit einem seiner unvergleichlichen Bonmots, mit dem er auf den bewussten Verzicht des Kronberger Kreises auf Auftragsarbeiten anspielte: „Mit wissenschaftlichen Gutachten ist es wie mit der Liebe: Sobald man dafür bezahlt wird, sind sie nicht mehr ehrlich.“

Volker Wieland in den Sachverständigenrat berufen



Prof. Dr. Volker Wieland aus dem Kronberger Kreis tritt 2013 dem Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung bei. Wieland ersetzt im März den Mannheimer Arbeitsökonom Prof. Dr. Wolfgang Franz, der vor Übernahme des Vorsitzes ebenfalls Mitglied des Kronberger Kreises gewesen

ist. Als Makroökonom mit dem Schwerpunkt Geldpolitik ergänzt der Frankfurter den Rat der sogenannten „Wirtschaftsweisen“ um die Professoren Claudia Buch, Peter Bofinger, Lars P. Feld (auch Kronberger Kreis) und Christoph Schmidt.

web

Die neue Studie des Kronberger Kreises und mehr Informationen zu den Mitgliedern finden Sie auf unserer Homepage: www.kronberger-kreis.de.

Von Hundefutter, Jakobsmuscheln und Skiliften: Der Irrsinn Mehrwertsteuer

Positionspapier der Stiftung fordert Vereinheitlichung der Mehrwertsteuer auf 17%



Bei Vielen hat sich herumgesprochen, dass das deutsche Mehrwertsteuersystem erhebliche Abgrenzungsschwierigkeiten bzw. Skurrilitäten aufweist. Je tiefer man in die Detailregelungen vordringt, desto fragwürdiger wird das gesamte System. So unterliegen Jakobsmuscheln, Hundefutter und Fahrten mit dem Skilift dem ermäßigten Satz, während auf Mineralwasser, Babywindeln und Bahnfahrten der volle Steuersatz fällig wird. Die vermeintlich sozialpolitische Begründung der Differenzierung der Sätze ist nur vorgeschoben, es handelt sich schlicht um eine Branchensubvention.

Die Stiftung Marktwirtschaft plädiert seit Jahren für einen einheitlichen Mehrwertsteuersatz. Ein Satz von 17% sollte auf alles erhoben werden, was heute der Mehrwertsteuer unterliegt. Im neuen Positionspapier der Stiftung (Nr. 4) wird der Vorschlag ausführlich erläutert. Das Gerangel von Interessengruppen um die Beibehaltung bestehender und die Rechtfertigung neuer Ausnahmeregelungen würde dauerhaft unterbunden. Unternehmen und Verwaltung profitierten von eingesparten Bürokratiekosten. Zudem gäbe es keinen Mitnahmeeffekt mehr dergestalt, dass besserverdienende Haushalte von den ermäßigten Mehrwertsteuersätzen profitieren.

Neue Berechnungen der Stiftung Marktwirtschaft zeigen darüber hinaus, dass die Umverteilungswirkungen äußerst gering sind. Die Mehrbelastung bei Vereinheitlichung der Mehrwertsteuer auf 17% – inklusive Lebensmittel – betrüge selbst im ungünstigsten Fall maximal 1,3% des Haushaltsnettoeinkommens. Da durch die Steuersatzvereinheitlichung fiskalische Mehreinnahmen von mindestens einer Milliarde Euro entstehen, könnten stärker betroffene gesellschaftliche Gruppen mit zielgerichteten Maßnahmen unterstützt werden.

Presseresonanzen

DIE WELT

28.10.2012

Mit der Überschrift „Angriff auf das Steuer-Chaos“ berichtet Dr. Dorothea Siems über die Forderung der Stiftung Marktwirtschaft nach Vereinheitlichung der Mehrwertsteuer auf 17%. Die Chefkorrespondentin für Wirtschaftspolitik der *Welt*, *Welt am Sonntag* und *Berliner Morgenpost* schreibt in ihrem Kommentar „Reduzierter Mehrwertsteuersatz ist unsozial“: „Die Abschaffung des reduzierten Mehrwertsteuersatzes bei gleichzeitiger Absenkung des Regelsatzes wäre ein steuerpolitischer Befreiungsschlag. Die Berechnungen der Stiftung Marktwirtschaft zeigen, dass eine solche radikale Reform keineswegs die ärmere Bevölkerung extrem treffen würde. In der Einkommensteuer oder bei den Transferleistungen kann der Staat seine Mittel sehr viel gezielter zur Förderung sozial Schwacher einsetzen als dies bei der Umsatzsteuer der Fall ist.“

Berliner Morgenpost

28.10.2012

In der *Berliner Morgenpost* titelt Siems: „Mehrwertsteuer-Chaos geht jetzt erst richtig los“: „Die Kritiker der Vergünstigung stören sich vor allem an sozialpolitischen Bedenken, die für die bisherige Regelung sprechen sollen. Berechnungen der Stiftung Marktwirtschaft etwa zeigten, dass die Abschaffung des ermäßigten Satzes bei einer gleichzeitigen Absenkung des Regelsatzes von derzeit 19 auf 17 Prozent keine sozialen Verwerfungen zur Folge hätte, heißt es bei der Stiftung.“

web

Das Positionspapier können Sie auf unserer Homepage unentgeltlich herunterladen:
www.stiftung-marktwirtschaft.de

Preisverleihung GENERATION-D auf dem Führungstreffen Wirtschaft in Berlin

Wettbewerb für Studierende prämiert neue Ideen für Deutschland



GENERATION-D
IDEEN FÜR DEUTSCHLAND. GEMEINSAM ANPACKEN.

das studentische Team Bildung für alle Menschen ermöglichen und auch an Förderschulen Medienkompetenzen stärken.

Die Runner-ups auf den Plätzen 2 und 3:

Energieautarke Meerwasserentsalzung aus Kassel

Aus den knapp 100 Einsendungen in 2012 hat die Jury von GENERATION-D, dem Ideenwettbewerb für Studierende, drei Teams ausgewählt, die im November nach Berlin zur Preisverleihung eingeladen wurden. Auf dem Führungstreffen „Wirtschaft“ der Süddeutschen Zeitung im Hotel Adlon wurden dann das Siegerteam und die beiden Runner-ups öffentlich bekannt gegeben. Die drei besten Teams erhielten insgesamt ein Preisgeld in Höhe von 15.000 Euro, das in einer Staffelung von 10.000 Euro an den ersten Preisträger und je 2.500 Euro an die Runner-ups ausgezahlt wird. Das Gewinnerteam kann sich außerdem auf eine intensive Projektförderung durch GENERATION-D und seine Projektpartner freuen.

Mit dem Wettbewerb GENERATION-D sucht und fördert die Stiftung Marktwirtschaft gemeinsam mit ihren Projektpartnern Bayerische EliteAkademie, Süddeutsche Zeitung und Allianz SE Ideen und Projekte, mit deren Hilfe ein konkretes Problem beispielhaft und nachhaltig gelöst werden kann.

Die Preisträger und was sich hinter ihren Namen bzw. Ideen verbirgt:

Das Siegerteam aus Augsburg: *Augsilium – weil Lernen einfach ist.*

augsilium Das interdisziplinäre Team hat eine Lernsoftware für behinderte Menschen entwickelt. Hierbei handelt es sich um eine barrierefreie und ausgefeilte Software, die sich durch einen technischen Kniff von herkömmlicher Lernsoftware unterscheidet und dem Bedienungsverhalten des Users individuell angepasst ist. Mit diesem Projekt will

Zahlreiche Länder, überwiegend Entwicklungsländer, verfügen über keine ausreichenden Süßwasservorkommen, aber ein großes Angebot an nicht verwertbarem Salzwasser. Mit ihrem innovativen Produkt möchten diese Studenten aus Kassel Abhilfe schaffen: Durch eine bedienungs- und wartungsfreundliche, mit regenerativen Energiequellen arbeitende Entsalzungsanlage soll aus Salz- und verschmutztem Süßwasser Nutzwasser produziert werden. Die Anlage arbeitet autark und klimaneutral; für den Betrieb wird keine Infrastruktur benötigt, da das Gerät in einen Rucksack passt.

PapierPilz aus Tübingen



PapierPilz sammelt an der Universität, in Wohnheimen und von Privatpersonen einseitig bedrucktes Abfallpapier. Das Team sortiert, kreiert und bindet aus diesem bunten Haufen neue Spiralblöcke – vorne beschreibbar, am Rücken bedruckt – und spart ganz nebenbei Holz, Frischwasser, Energie und CO₂-Emissionen. Die so entstandenen Blöcke können vielfältig zweckentfremdet werden: als Wegweiser durch die Wegwerfgesellschaft, als Kaleidoskop des Universitätslebens oder als anregende Prokrastinationsstütze an langweiligen Lerntagen – neben ihrer eigentlichen Funktion als vielleicht nicht ganz alltägliches Schreibmaterial.

web

Mehr Informationen zu GENERATION-D finden Sie auf unserer Homepage: www.stiftung-marktwirtschaft.de

Ehrbare Staaten? EU-Nachhaltigkeitsranking 2012

Die Nachhaltigkeit der öffentlichen Finanzen in Zeiten der Krise

Die Staatsschuldenkrise hält Europa auch um die Jahreswende 2012/13 in Atem, obwohl vor allem in den von der Krise besonders betroffenen Ländern erhebliche Reform- und Konsolidierungsanstrengungen begonnen wurden. Umso wichtiger ist eine fundierte und realistische Einschätzung der langfristigen Schuldenperspektiven der einzelnen Mitglieder des Euroraums bzw. der EU. Die in der öffentlichen Diskussion übliche Fokussierung auf die expliziten, direkt sichtbaren Schulden ist diesbezüglich allerdings bestenfalls die halbe Wahrheit, denn sie blendet die zukünftige fiskalische Entwicklung und ihre Determinanten – insbesondere die zunehmende Bevölkerungsalterung, von der alle europäischen Staaten ohne Ausnahme in den kommenden Jahrzehnten betroffen sein werden – vollständig aus.

Erst wenn man auch die heute noch unsichtbaren impliziten Schulden berücksichtigt, die aus dem – auch demographiebedingten – Missverhältnis zukünftiger staatlicher Ausgaben und Einnahmen resultieren, und diese zu den expliziten Schul-

den hinzuaddiert, erhält man mit der sogenannten Nachhaltigkeitslücke ein tatsächliches Bild der staatlichen Gesamtschuld eines Landes. Auch wenn die impliziten Schulden erst in zukünftigen Jahren in Form von aufeinanderfolgenden Haushaltsdefiziten „sichtbar“ werden, liegen ihre Ursachen in der Gegenwart und müssen daher auch im Hier und Jetzt angegangen werden: Jedes Jahr gehen die meisten Staaten neben den laufenden Ausgaben beträchtliche rechtswirksame Verpflichtungen für die Zukunft ein, beispielsweise in Form von Renten- und Pensionszusagen oder „versprochenen“ Gesundheits- und Pflegeleistungen, die erst in (sehr viel) späteren Jahren budgetwirksam werden, ohne gleichzeitig für die spätere Finanzierung dieser „Leistungsversprechen“ vorzusorgen.

Wie die 27 Mitgliedstaaten der Europäischen Union in dieser umfassenden Schuldenbilanz abschneiden, zeigt unser untenstehendes Nachhaltigkeitsranking, das in Kooperation mit dem von Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen geleiteten Forschungszentrum Generationenverträge entstanden ist und zusammen mit

Abbildung 1:
Staatsverschuldung im
internationalen Vergleich –
Nachhaltigkeitsranking 2012
(in % des BIP)

Quellen:
Europäische Kommission
AMECO Database, Eurostat
Berechnungen: Forschungszentrum
Generationenverträge.

		Implizite Schuld	Explizite Schuld	Nachhaltigkeitslücke*
1	Italien	-123	121	-2
2	Lettland	-42	43	0
3	Estland	75	6	81
4	Polen	74	52	126
5	Deutschland	55	81	136
6	Bulgarien	160	16	176
7	Schweden	138	39	177
8	Portugal	73	108	181
9	Ungarn	109	72	181
10	Rumänien	234	33	267
11	Litauen	264	38	303
12	Österreich	242	72	315
13	Malta	253	71	324
14	Tschechien	379	39	418
15	Frankreich	356	86	442
16	Dänemark	396	47	442
17	Finnland	420	49	469
18	Slowakei	506	43	549
19	Niederlande	499	65	565
20	Großbritannien	550	88	639
21	Belgien	558	98	655
22	Slowenien	620	47	667
23	Zypern	764	71	835
24	Spanien	735	69	805
25	Griechenland	720	171	891
26	Luxemburg	1209	18	1228
27	Irland	1271	106	1378

Basisjahr 2011

* Die Nachhaltigkeitslücke bildet die Summe aus offiziellen/expliziten und unsichtbaren/impliziten Schulden. (Abweichungen entstehen durch Rundungsdifferenzen).

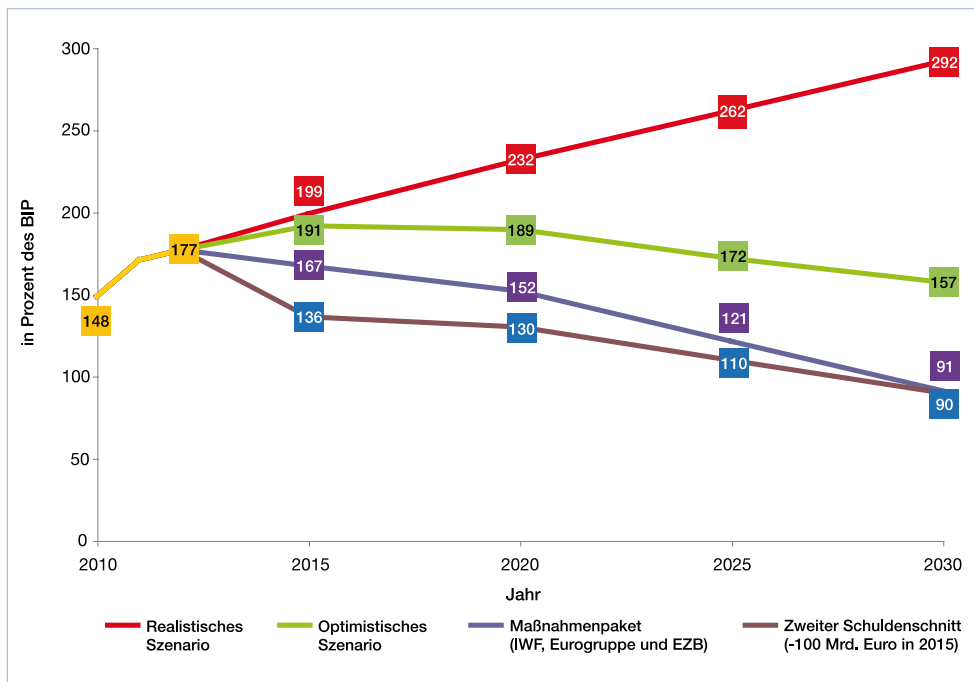


Abbildung 2:
Griechenland quo vadis?
Entwicklung der expliziten griechischen Staatsverschuldung bis 2030

Quellen:
Europäische Kommission,
Berechnungen: Forschungs-
zentrum Generationenverträge.

weiteren Ergebnissen zur Schuldensituation der EU am 6. Dezember 2012 im Rahmen eines Pressegesprächs vorgestellt wurde.

Zwei Dinge stechen heraus: Erstens werden in vielen Ländern die expliziten Schulden von den impliziten, heute noch nicht direkt sichtbaren Schulden deutlich in den Schatten gestellt. Dies gilt insbesondere für die Verlierer des Nachhaltigkeitsrankings. Daher vermittelt die traditionelle, vergangenheitsorientierte Schuldenbetrachtung ein zu optimistisches Bild. Zweitens lässt die Höhe der expliziten Schulden keine Rückschlüsse auf die Höhe der impliziten Schulden und damit auch der tatsächlichen Gesamtverschuldung zu. So setzt sich mit Italien ein Land an die Spitze des Nachhaltigkeitsrankings, das zwar sehr hohe explizite Schulden aufweist, auf lange Sicht aber von einem nur sehr geringen Anstieg der altersabhängigen staatlichen Ausgaben profitiert und zudem beträchtliche Primärüberschüsse erwirtschaftet. Das Gegenteil gilt beispielsweise für Luxemburg. Trotz einer vorbildlich niedrigen expliziten Verschuldung hat es eine gewaltige implizite Verschuldung zu tragen, die größtenteils aus einem sehr großzügigen Rentensystem resultiert.

Deutschland hingegen schneidet vergleichsweise gut ab und belegt mit einer Nachhaltigkeitslücke von 136% des Bruttoinlandsprodukts (BIP) oder rund 3,5 Billionen Euro Rang 5 im

Nachhaltigkeitsranking. Zum Jubeln besteht gleichwohl kein besonderer Grund, denn um die bestehende Nachhaltigkeitslücke zu schließen, ist noch immer ein dauerhafter Konsolidierungsbedarf von 75 Mrd. Euro bzw. 2,9% des BIP notwendig.

Die schwierige fiskalische Lage Griechenlands, das derzeit die mit Abstand größten Probleme im Euroraum aufweist, bestätigt sich auch im Nachhaltigkeitsranking und gibt Anlass zu großer Sorge. Gleichwohl zeigen die ergänzend durchgeführten Berechnungen eines optimistischen Szenarios, dass die Lage für Griechenland nicht vollkommen hoffnungslos sein muss. Kommt es zu einer wirtschaftlichen Erholung in den kommenden Jahren und werden sämtliche politischen Konsolidierungsabsichten umgesetzt und dauerhaft beibehalten, kann Griechenland eine nachhaltige Situation erreichen, d.h. seine Nachhaltigkeitslücke auf Null reduzieren. Gleichwohl werden sich die expliziten griechischen Schulden noch für Jahrzehnte auf hohem Niveau bewegen und die von der Troika angestrebte Zwischenzielmarke von 120% des BIP keinesfalls bis zum Jahr 2020 erreichbar sein.



Die Pressemitteilung sowie eine Kurzfassung finden Sie auf unserer Homepage www.ehrbarer-staat.de
Die Studie erscheint im Januar 2013.

Arbeitsmigration in Wirtschaft und Gesellschaft neu denken: Die Fachkräfte-Debatte in der Migrationsgesellschaft

Eine Kooperationsveranstaltung der Stiftung Marktwirtschaft mit dem Netzwerk Migration in Europa e.V., der Freien Universität Berlin, der Bundeszentrale für politische Bildung und der Hans-Böckler-Stiftung



Dr. Elisabeth Neifer-Porsch, Moderatorin Dr. Ursula Weidenfeld, Johannes Vogel MdB, Prof. Dr. Rita Süßmuth, Senator Detlef Scheele, Prof. Dr. Berthold U. Wigger und Prof. Dr. Ute Klammer (von links).

Steht die deutsche Wirtschaft vor einem gravierenden Fachkräftemangel, der unser Wirtschaftswachstum und unseren zukünftigen Wohlstand bedroht? Angesichts der unausweichlichen Bevölkerungsalterung und dem daraus resultierenden Rückgang des Arbeitskräftepotentials um mehrere Millionen Personen in den kommenden Jahrzehnten ist diese Sorge durchaus berechtigt. Bereits heute wird in einzelnen Regionen und Branchen über Probleme bei der Besetzung offener Stellen berichtet. Neben einer längeren Lebensarbeitszeit, einer höheren Frauenerwerbsbeteiligung und einer besseren Bildung und Qualifizierung wird immer wieder auch eine verstärkte Zuwanderung qualifizierter Arbeitskräfte als ein wichtiger Teilbaustein im Kampf gegen den zukünftigen Fachkräftemangel ins

Spiel gebracht. Unsicherheit besteht allerdings darüber, welchen quantitativen Beitrag die einzelnen Lösungsvorschläge im Hinblick auf das Arbeitskräfteangebot leisten können und wie hoch der Bedarf an ausländischen Fachkräften ist, wenn alle inländischen Potentiale ausgeschöpft werden.

Gleichzeitig ist Zuwanderung ein gesellschaftlich

sensibles Thema und die Diskussion nicht immer frei von Fehl- und Vorurteilen. Auch finden protektionistische Tendenzen zum vermeintlichen Schutz des deutschen Arbeitsmarktes schnell Zustimmung, während die Vorteile offener Märkte und einer offenen Gesellschaft leicht aus dem Fokus geraten. Unbestritten ist jedoch, dass Zuwanderung in den Arbeitsmarkt der Steuerung durch einen gesetzlichen Rahmen bedarf und das Thema Integration immer parallel mitgedacht werden muss. Zuwanderung ohne Integration – insbesondere auch was die nachfolgenden Generationen der Zugewanderten betrifft – kann nicht funktionieren.

Vor diesem Hintergrund haben wir gemeinsam mit unseren Kooperationspartnern Ende November eine zweitägige Fachtagung in Berlin veranstaltet, um über Potentiale und Perspektiven von Zuwanderung in den deutschen Arbeitsmarkt zu diskutieren. Den Einführungsvortrag hielt die ehemalige Bundestagspräsidentin Prof. Dr. Rita Süßmuth. Sie warnte u.a. davor, den Nutzen von Zuwanderung nur in einem Ausgleich von Engpässen auf dem Arbeitsmarkt zu sehen. Darüber hinaus betonte sie die Bedeutung von Integration und einer Willkommenskultur, um die Entstehung von Parallelgesellschaften und sozialen Konflikten zu vermeiden.

Neben der Diskussion um die Bedeutung des Fachkräftemangels und der ökonomischen Wirkungen von Zuwanderung standen auch Überlegungen im Fokus, wie Deutschland im internationalen Wettbewerb um „kluge Köpfe“ bestehen und

NETZWERK MIGRATION IN EUROPA



STIFTUNG
Marktwirtschaft

Hans Böckler
Stiftung



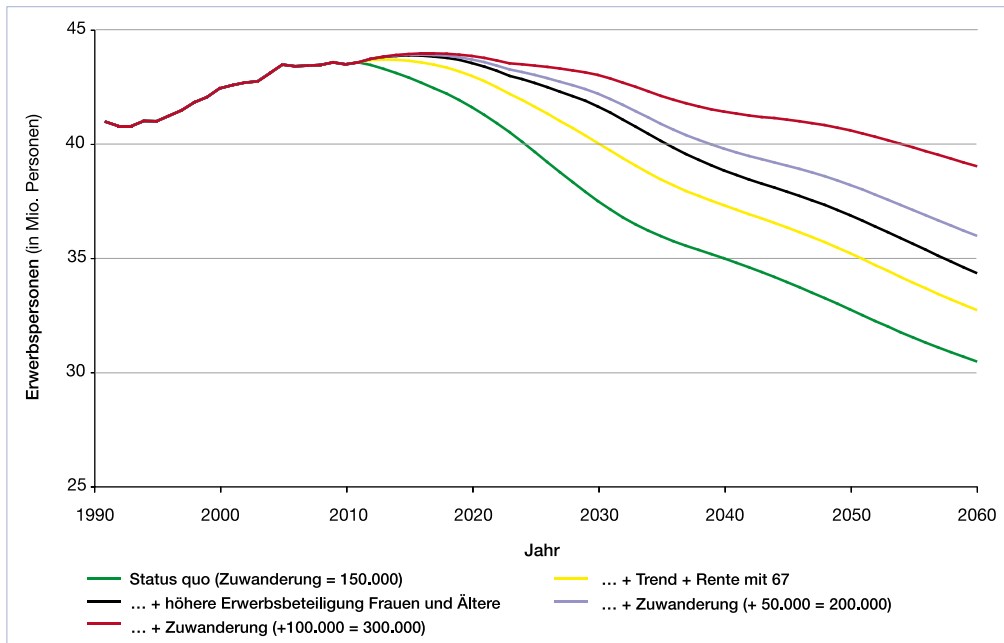


Abbildung:
Zuwanderung und
Fachkräftesicherung

Quellen:
Statistisches Bundesamt,
Mikrozensus, Forschungs-
zentrum Generationen-
verträge.

ein für qualifizierte Zuwanderer attraktives Land werden kann. Dabei wurde von den Referentinnen und Referenten übereinstimmend anerkannt, dass es in der Vergangenheit beträchtliche Fortschritte gegeben habe. Beispielsweise seien mit der Umsetzung der europäischen Bluecard-Regelung die gesetzlichen Rahmenbedingungen für die Zuwanderung qualifizierter Fachkräfte noch einmal verbessert worden. Was die Anerkennung ausländischer Bildungsabschlüsse betrifft, seien ebenfalls erste Fortschritte zu verzeichnen. Gleichzeitig wurde aber auch deutlich, dass gerade bei der Anerkennung der Gleichwertigkeit ausländischer Bildungsabschlüsse weiterhin Handlungsbedarf besteht: Dies gelte zum einen für die Gesetzgeber auf Länderebene, in deren Zuständigkeit ein beträchtlicher Teil der Berufe falle. Zum anderen sei die Umsetzung in der Praxis nicht immer frei von unnötigen bürokratischen Hürden. Und

schließlich komme es neben der formellen Anerkennung ausländischer Abschlüsse auch auf ihre „informelle“ Akzeptanz auf dem Arbeitsmarkt durch die Arbeitgeber an.

Ausbaufähige Zuwanderungspotentiale für den deutschen Arbeitsmarkt zeichnen sich auch in der Gruppe der ausländischen Studierenden an deutschen Hochschulen ab. Obwohl rund zwei Drittel von ihnen angibt, nach Abschluss des Studiums in Deutschland bleiben und arbeiten zu wollen, setzten bisher nur rund 25% diesen Wunsch auch in die Tat um.

Wiederholt wurde während der Veranstaltung auf Fehler der Vergangenheit im Hinblick auf die Integration und Qualifizierung früherer Zuwanderergenerationen und ihrer Kinder hingewiesen. Diese spiegelten sich bis heute in unzureichenden Bildungs- und Aufstiegschancen von Kindern aus Familien mit Migrationshintergrund wider.

Neben einer besseren Integration zukünftiger Zuwanderer darf daher die Aktivierung und Förderung der bereits bei uns im Land vorhandenen Potentiale nicht vernachlässigt werden. Übereinstimmung gab es bei allen Teilnehmern, aus den Fehlern der Vergangenheit zu lernen, damit Fachkräftezuwanderung in Zukunft ein echtes Erfolgsmodell werden kann.



Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen und Prof. Dr. Rita Süssmuth im Gespräch.

Mehr über unsere Konferenz zur Arbeitsmigration finden Sie auf unserer Homepage: www.stiftung-marktwirtschaft.de

Gesundheit und Marktwirtschaft – ein Widerspruch in sich?

Tagung mit Gesundheitsminister Daniel Bahr im Deutschen Bundestag

Am 23. Oktober 2012 stellte die Stiftung Marktwirtschaft das Thema „Gesundheit und Marktwirtschaft – ein Widerspruch in sich?“ in das Zentrum einer Veranstaltung mit Bundesgesundheitsminister Daniel Bahr MdB und renommierten Gesundheitsexperten. Inhaltlicher Ausgangspunkt der Tagung war das ambivalente Bild des Gesundheitssystems: Einerseits zählt die Gesundheitswirtschaft zu den bedeutendsten Wirtschaftssektoren der deutschen Volkswirtschaft und dürfte – gerade vor dem Hintergrund der zunehmenden Bevölkerungsalterung – ein wichtiger Jobmotor bleiben. Andererseits müssen seit Jahrzehnten immer wieder erhebliche politische Anstrengungen unternommen werden, um das Gesundheitssystem finanzierbar zu halten, nicht zuletzt um negative Beschäftigungseffekte aufgrund steigender Lohnzusatzkosten zu vermeiden.

Ohne die Verbindung von Eigenverantwortung und Solidarität könne es kein funktionierendes Gesundheitssystem geben, argumentierte Bundesgesundheitsminister Daniel Bahr MdB. Angesichts großer Risiken sei der Einzelne im Krankheitsfall auf die Solidargemeinschaft angewiesen. Andererseits gebe es ohne gelebte Eigenverantwortung keine ausreichende Akzeptanz für gegenseitige Solidarität in der Gesellschaft. Auch wenn er sich noch mehr Wettbewerb im deutschen Gesundheitssystem wünschte, sei Deutschland im internationalen Vergleich gut aufgestellt – das zeigten Mangelverwaltung, Wartezeiten und Zweiklassenmedizin in planwirtschaftlich-staatlichen Gesundheitssystemen, so Bahr.

Kritischer äußerte sich Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen, Vorstandsmitglied der Stiftung Marktwirtschaft, vor allem mit Blick auf die fehlende Nachhaltigkeit des Gesundheitssystems. Auf der Einnahmeseite plädierte der Wissenschaftler für sozial abgefederte Gesundheitspauschalen. Auf der Ausgabenseite sah er die Notwendigkeit für höhere Selbstbehalte und stärkeren Wettbewerb, vor allem im stationären Sektor. Für eine Weiter-



Bundesgesundheitsminister Daniel Bahr MdB

entwicklung der Leistungsmärkte im Rahmen von Selektivvertragsmodellen plädierte Prof. Dr. Jürgen Wasem, Universität Duisburg-Essen. Hingegen hielt er in der GKV Versicherungspolicen mit unterschiedlichen Leistungsumfängen für kontraproduktiv, da sie zu einem verzerrten Wettbewerb führten.

Der Vorstandsvorsitzende der Fresenius SE, Dr. Ulf Schneider, warnte davor, den zu beobachtenden Trend eines wachsenden Anteils der Gesundheitsausgaben am Bruttoinlandsprodukt überzubewerten, da über kurz oder lang selbstregulierende Begrenzungsmechanismen zum Tragen kämen. Er plädierte dafür, auf der medizinischen Anbieterseite Konsolidierungsprozesse und eine stärkere Spezialisierung zuzulassen, um über einen höheren Kapitaleinsatz eine qualitativ bessere Medizin zu ermöglichen.

Die Teilnehmer der von Peter Thelen (Handelsblatt) geleiteten politischen Diskussionsrunde, Dr. Rolf Koschorrek MdB, Birgit Homburger MdB und Birgitt Bender MdB, sahen wie ihre Vorredner im Wettbewerbsmechanismus einen wichtigen Bestandteil des Gesundheitssystems. Während Koschorrek einen kritischen Blick auf die enorm gestiegene Komplexität im Gesundheitssystem warf, forderte Bender, dass sich die ökonomischen Anreize stärker am Gesundheitserfolg und am Patientennutzen orientieren müssten. Homburger plädierte für mehr gesellschaftliche Offenheit gegenüber technologischen Innovationen und ein forschungsfreundlicheres Umfeld.



Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen, Prof. Dr. Jürgen Wasem, Dr. Ulf M. Schneider, Daniel Bahr MdB, Prof. Dr. Michael Eilfort, Peter Thelen (von links).

Einen Filmbeitrag über die Veranstaltung finden Sie auf unserer Homepage: www.stiftung-marktwirtschaft.de
In Kürze erscheint dort auch ein Tagungsbericht zum Herunterladen.

web

Aufstieg durch Arbeit? Soziale Durchlässigkeit – Eigenverantwortung – Sozialstaat

Tagung mit Reinhard Kardinal Marx zu Aufstiegschancen und Chancengerechtigkeit



Das Podium: Hubertus Heil MdB, Dr. Michael Fuchs MdB, Kristin Breuer, Reinhard Kardinal Marx, Dr. Dirk Ippen, Prof. Dr. Michael Eilfort, Prof. Dr. Dr. h.c. Joachim Möller (von links).

Wie steht es um die Chancengerechtigkeit in Deutschland? Kann die Soziale Marktwirtschaft das Versprechen „Wohlstand für alle“ noch einlösen? Und was muss getan werden, damit ökonomischer Erfolg und gesellschaftlicher Aufstieg auch in Zukunft ein realistisches Szenario für Menschen aus allen sozialen Schichten bleibt? Diese Fragen bildeten den Ausgangspunkt der Tagung „Aufstieg durch Arbeit?“, die am 17.10. 2012 in Berlin stattgefunden hat. Stiftungsvorstand Prof. Dr. Michael Eilfort warnte in seiner Begrüßung vor der Vorstellung, durch mehr Umverteilung alle sozialen Probleme lösen zu können. „Wir können uns Wohlbefinden und Zufriedenheit in der Sozialen Marktwirtschaft nicht durch staatliche Transfers erkaufen.“ Die eigentliche Gerechtigkeitslücke sah er vielmehr im Bildungsbereich und den ungleichen Bildungschancen von Kindern aus unterschiedlichen sozialen Schichten.

Reinhard Kardinal Marx betonte, dass es keinen Widerspruch zwischen einer freien und einer solidarischen Gesellschaft gebe. Im Gegenteil: „Ein Gemeinwesen, dessen Ausgangspunkt die zur Freiheit berufene Person und dessen Ziel die Entfaltung der Freiheit ist, ist notwendig der sozialen Gerechtigkeit verpflichtet.“ Jeder Mensch müsse immer wieder aufs Neue die Chance auf gesellschaftliche Teilhabe und ein eigenverantwortliches Leben erhalten – gerade weil Freiheit auch die Möglichkeit des Scheiterns beinhalte. Der Kardinal konkretisierte dieses dynamische Verständnis von Chancengerechtigkeit für die drei Bereiche Bildung, Arbeit und Generationengerechtigkeit und sprach sich u.a. für einen Ausbau der Kinderbetreuung, ausreichend hohe Löhne, eine Anhebung des Renteneintrittsalters und eine stärkere Besteuerung sehr hoher Vermögen aus.

Verleger Dr. Dirk Ippen betonte am Beispiel des deutschen Mittelstandes, dass Unternehmen heute mehr denn je auf motivierte Fachkräfte angewiesen seien und schon allein deshalb

ihre soziale Verantwortung gegenüber den Mitarbeitern ernst nehmen. Allerdings habe der Staat ein zu statisches Bild vom Wirtschaftsgeschehen und die Politik verkenne oft die negativen Nebenwirkungen ihrer sozialpolitisch motivierten Maßnahmen, was man am rigiden Kündigungsschutz oder der Regulierung der betrieblichen Altersvorsorge sehen könne.

Prof. Dr. Dr. h.c. Joachim Möller, Direktor des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), zeigte in seiner faktenreichen Präsentation u.a., dass unzureichende Bildung zu einem der Hauptrisikofaktoren für den dauerhaften Bezug von Grundsicherungsleistungen (ALG II) zählt. Auch für die Problemgruppen am Arbeitsmarkt sei die Lage jedoch nicht hoffnungslos. Möller plädierte angesichts der derzeit guten allgemeinen Arbeitsmarktlage für eine arbeitsmarktpolitische Offensive, um Langzeitarbeitslose und Geringqualifizierte mit einer gezielten Kombination aus „Fördern und Fordern“ in Beschäftigung zu bringen.

Im Rahmen der von Kristin Breuer (BILD-Zeitung) geleiteten Diskussion stimmten die stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden von CDU/CSU und SPD, Dr. Michael Fuchs MdB und Hubertus Heil MdB, darin überein, dass die Verwirklichung von Chancengerechtigkeit ein wichtiges staatliches Anliegen sein müsse. Während Heil u.a. für Reformen im Bildungssystem und bei der beruflichen Weiterbildung plädierte, warf Fuchs die Frage auf, ob die den bedürftigen Transferempfängern eröffneten Chancen immer in ausreichendem Maße wahrgenommen würden.

web

Den Bericht sowie einen Film zur Tagung „Aufstieg durch Arbeit?“ finden Sie auf unserer Homepage: www.stiftung-marktwirtschaft.de.

„Markt-Ruf“ – der neue Blog von Stiftung Marktwirtschaft und Kronberger Kreis

Ab sofort bloggen Ökonomen auf www.markt-ruf.de

30 STIFTUNG MARKTWIRTSCHAFT
Kronberger Kreis 1982–2012 **JAHRE**

STIFTUNG
Marktwirtschaft

Aktuelles
Blog
Die Stiftung
Kronberger Kreis
Themen
Steuergesetzbuch
Veranstaltungen
Publikationen
Kontakt



Service

Drucken

Kontakt

English

Sitemap

Weiterempfehlen

21.11.2012

Draghi auf De-Montage

Manfred J.M. Neumann

Vor einem Jahr hat Mario Draghi sein Amt als Präsident der Europäischen Zentralbank (EZB) angetreten. Seitdem ist viel von einer neuen Geldpolitik die Rede. Neu ist jedenfalls, dass immer unverblümter mit immer größeren Zahlen hantiert wird, wie man es früher nur von Investmentbankern gewöhnt war.



Autoren



Prof. Dr. Manfred J.M. Neumann

[Mehr über Prof. Neumann](#)

Blogroll

Markt-Ruf – der neue Blog von Stiftung Marktwirtschaft und Kronberger Kreis ist seit November online. Mit der Möglichkeit zur Interaktion zwischen Leser und Blogger stellen ab sofort Ökonomen, darunter alle neuen, aber auch viele der ehemaligen Mitglieder des Kronberger Kreises, ihre Stellungnahmen, Analyseergebnisse oder Lösungsvorschläge für die Politik in kurzen Beiträgen einer breiten Öffentlichkeit vor. Der Blog soll

zugleich marktwirtschaftliche Zusammenhänge aufzeigen und verständlich machen, als auch in Form eines Weckrufs Entscheidungsträgern ökonomische Wechselbeziehungen verdeutlichen und auf diese Weise helfen, die Auswirkungen ihres wirtschaftspolitischen Handelns einschätzen zu können.

Folgen Sie unserem Blog und kommentieren Sie (als registrierter Nutzer) in 2013 unsere Beiträge unter: www.markt-ruf.de

Zu guter Letzt

Mark Twain zur Konsolidierung auf europäische Art: „Von nun an will ich nur so viel ausgeben, wie ich einnehme, und sei es, dass ich mir das Geld dafür borgen muss.“

IMPRESSUM

Stiftung Marktwirtschaft · Vi.S.d.P.: Dr. Susanna Hübner · Charlottenstr. 60 · 10117 Berlin · www.stiftung-marktwirtschaft.de

ISSN: 1612-9725

Fotos: Kay Herschelmann